

# Voranschlag, Vorstösse und Verordnungsvetos

**Solothurner Kantonsrat** Kantonsparlament beginnt heute Dienstag die letzte Session im laufenden Jahr

VON BEAT NÜTZI

Traditionsgemäss hat der Solothurner Kantonsrat während der Dezembersession den Voranschlag des kommenden Jahres zu verabschieden. Dieser beinhaltet Investitionen im Umfang von gegen 140 Mio. Franken und schliesst mit einem operativen Aufwandüberschuss von 2,76 Mio. Franken ab. Das Budget 2011 berücksichtigt u.a. eine Senkung des Steuerfusses von 105 auf 104 Prozent, wie sie im Zusammenhang mit der Schliessung der Höhenklinik Allerheiligenberg in Aussicht gestellt wurde.

## Prämienverbilligung

Zu reden geben dürfte einmal mehr die Krankenkassenprämienverbilligung. Die Regierung schlägt mit Unterstützung der vorberatenden Kommissionen 80 Prozent des Bundesbeitrages, das heisst 54,5 Mio. Franken, vor. Die SP möchte diesen Betrag um 13,6 Mio. Franken erhöhen, weil die Krankenkassenprämien höchstens acht Prozent des Einkommens ausmachen sollten, was mit den insgesamt zur Verfügung stehenden 123 Mio. Franken im 2011 nicht erreicht werden könne.

## Parkhaus beim Spital Olten

Weniger zu reden geben dürfte der Verpflichtungskredit von 16,1 Mio. Franken für den Neubau eines Parkhauses beim Kantonsspital Olten, auf dessen Dach Fotovoltaikanlagen erstellt werden sollen.

Die Traktandenliste umfasst auch etliche Vorstösse und Vetos. So wird etwa aus den Reihen der SVP per Auftrag eine Standesinitiative für ein Ver-

## Kantonsrat: Fraktionen nehmen Stellung

GESCHÄFT	FDP Die Liberalen	CVP EVP grünliberale	SP	SVP Für Freiheit und Sicherheit	GRÜNE Kanton Solothurn
<b>Unterstützen Sie den Auftrag von Christian Werner (SVP, Olten), der eine Standesinitiative für ein Verbot von Vollverschleierungen verlangt?</b>	<b>Nein.</b> Die liberalen und sozialen Werte der Schweiz sind nicht primär durch Verbote, sondern durch Bildung und Dialog zu erreichen. Ein Teil der Fraktion ist allerdings der Auffassung, dass eine Vollverschleierung aus Gleichheitsgründen nicht akzeptiert werden kann.	<b>Nein.</b> Erstens ist der Vorstoss unnötig, da es kaum vollverschleierte Frauen gibt. Zweitens wäre ein Verbot unverhältnismässig. Vermummte Personen können – falls aus Sicherheitsgründen notwendig – durch entsprechende Weisungen von speziellen Einrichtungen und Anlagen ferngehalten werden.	<b>Nein.</b> Ein solches Verbot wäre diskriminierend, ein schwerer Eingriff in die Religionsfreiheit und überdies (angesichts der geringen Zahl) auch unverhältnismässig.	<b>Ja.</b> (Ohne Begründung.)	<b>Nein.</b> Selbstverständlich wollen auch wir dem Gegenüber ins Gesicht blicken. Die liberalen und sozialen Werte der Schweiz erreichen wir aber nicht mit Verböten, schon gar nicht mit Kleidervorschriften, sondern mit Dialog, Bildung und aktiver Gleichstellungsförderung.
<b>Heinz Glauser (SP, Olten) fordert mit einem Auftrag, dass im Submissionswesen ein Nachweis für die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) erbracht werden sollte. Stimmen Sie diesem Auftrag zu?</b>	<b>Nein.</b> Es ist übertriebener Bürokratieaufwand, wenn mit jeder Offerte ein Nachweis für die Einhaltung der GAV erbracht werden muss. Wichtig ist, dass der Kanton auch wirklich sicherstellt, dass die Auftragsnehmer die GAV einhalten.	<b>Nein.</b> Das geltende Submissionsgesetz regelt die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen bereits ausreichend. Die zusätzliche schriftliche Bestätigung der zuständigen paritätischen Kommission erachten wir als unnötigen Papierkram.	<b>Ja.</b> Es ist nicht akzeptabel, dass die öffentliche Hand bei der Realisierung eigener Aufträge Lohndumping toleriert wird. Das schadet unserer Volkswirtschaft, den Unternehmern ebenso wie den Arbeitnehmenden.	Geschäft wurde verschoben.	<b>Ja.</b> Öffentliche Aufträge werden aus Steuergeldern bezahlt. Eine Bestätigung von einer unabhängigen paritätischen Stelle kontrolliert besser, dass der GAV eingehalten wird. Damit kann Lohndumping auf Kosten der Steuerzahler/-innen verhindert oder sanktioniert werden.
<b>Bejahen Sie den Verpflichtungskredit von 16,1 Mio. Franken für den Neubau eines Parkhauses beim Kantonsspital Olten?</b>	<b>Ja.</b> Die bestehende Parkplatzsituation beim Kantonsspital Olten ist völlig unbefriedigend. Durch das Parkhaus wird die Patienten-, Besucher- und Mitarbeiterzufriedenheit stark verbessert. Für den Kanton ist es nicht zuletzt ein ausgezeichnetes Renditeobjekt.	<b>Ja.</b> Das Parkhaus ist dringend notwendig. Deshalb haben wir auch die ursprüngliche Vorlage befürwortet – als einzige Fraktion einstimmig.	<b>Ja.</b> Das Projekt erachten wir als notwendig. Dank der Intervention der SP kann nun das Volk darüber abstimmen und bei einem Ja gehören anfallende Gewinne dem Kanton. Sehr erfreulich ist, dass auf Antrag der SP auf dem Dach des Parkhauses die grösste Solaranlage installiert werden soll.	<b>Ja.</b> (Ohne Begründung.)	<b>Ja.</b> Mit der Finanzierung über die Investitionsrechnung ist unsere zentrale Forderung erfüllt. Wird die durch die UMBAWIKO vorgeschlagene Realisierung einer Photovoltaikanlage auch noch ermöglicht, hat sich die Überarbeitung des Projekts mehr als gelohnt.

Bearbeitung: Beat Nützi

schleierungsverbot verlangt. Und gleich vier Vetos betreffen Verordnungen im Bildungsbereich. Sie betreffen die Gemein-

debeiträge an die Kosten des progymnasialen Unterrichts, Pensengrössen im Kindergarten, die Spezielle Förderung

und die Semestergebühren an der Höheren Fachschule für Gesundheits- und Sozialberufe. Zudem hat das Kantonspar-

lament das Ratspräsidium für 2011 zu bestimmen: Als Ratspräsident soll Claude Belart (FDP, Rickenbach) fungieren.

Der Kantonsrat tagt heute Dienstag, morgen Mittwoch sowie am Mittwoch, 15. Dezember, jeweils von 8.30 bis 12.30 Uhr. Die Sitzungen im Solothurner Kantonsratssaal sind öffentlich.

## Fraktionskommentare zur Dezembersession im Solothurner Kantonsrat

### FDP: Die Liberalen: Pflege und Eigenverantwortung

Mit dem dringlichen Auftrag zur Finanzierung der Langzeitpflege hat die FDP eine wichtige gesellschaftspolitische Frage angesprochen. Wie weit geht die Eigenverantwortung im Hinblick auf eine allfällige Pflegebedürftigkeit? Aus diesem Grund hat der Bund das KVG geändert: Die Pflegebedürftigen sollen neben den Hotelleriekosten mit einem Beitrag von maximal rund 22 Franken pro Pflgetag belastet werden. Mit der Verschiebung von Grundpflegekosten in eine Betreuungstaxe wollte der Kanton Solothurn die Kosten weiterhin im bisherigen Umfang auf die Patienten abwälzen. In den oberen Pflegestufen hätte dies zur Folge, dass die hiesigen Heimbewohner rund 100 Franken mehr bezahlen müssten als in den anderen Kantonen. Ob ein Pflgetag rund 200 oder rund 300 Franken kostet, ist aber ein wesentlicher Unterschied für die Betroffenen.

Auch in der Langzeitpflege soll der Grundsatz der Eigenverantwortung gelten. Eigenverantwortliches Handeln wird illusorisch, wenn im Pflegefall die Patienten derart hohe Kosten tragen müssen, dass ihr Vermögen innert kürzester Zeit verzehrt wird. Der Mittelstand hat sich dieses Vermögen während des Erwerbslebens mit Verzicht angespart. Die FDP verlangt, dass die Patientenbelastung in der Pflege nicht höher als in den angrenzenden Kantonen sein soll. Sie stimmt dem Vorschlag der Sogeko zu, dass die Neuregelung der Pflegefinanzierung mit tieferen Kosten für Patienten spätestens per 1.1.2012 umgesetzt und die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden diskutiert werden soll.

FÜR DIE FRAKTION FDP: DIE LIBERALEN:  
PETER BRÜGGER (LANGENDORF)

### CVP/EVP/glp: Soliden Finanz-Kurs halten

Im Vergleich zur Rechnung 2009 musste der Kanton im Voranschlag 2011 u. a. hohe Steuerrückgänge sowie weniger Einnahmen aus dem nationalen und Mehrausgaben beim kantonalen Finanzausgleich verkraften. Trotzdem resultierte ein nur geringer Aufwandüberschuss. Die Investitionen von rund 140 Mio. Franken sind sehr hoch angesetzt. Es werden damit die grossen Projekte umgesetzt, denen das Volk zustimmte. Sollten sie im 2011 vollumfänglich realisiert werden, können sie nicht restlos selbst finanziert werden, die Nettoverschuldung würde leicht zunehmen.

Isoliert betrachtet darf ein vernünftiges Resultat zur Kenntnis genommen werden. Die längerfristige Analyse zeigt hingegen ein beunruhigendes Wachstum der Ausgaben. Es beträgt im Budget 2011 sehr hohe 3,1 Prozent. Hohe Wachstumsraten resultierten bereits in den vergangenen Jahren und gemäss integriertem Aufgaben- und Finanzplan ändert dies auch künftig nicht.

Diese Mehrausgaben sind das Resultat von mehreren ausgabenwirksamen Beschlüssen, die jeder für sich zwar vernünftig erscheint, aber in der Ganzheit zu einem Trend führt, den es im Auge zu behalten gilt.

Andererseits wissen wir bereits heute, dass die Rechnung 2010 deutlich im Plus abschliessen wird, dass wir Ende 2010 keine Verschuldung mehr haben werden und das Eigenkapital auf rund eine halbe Milliarde Franken ansteigt.

FÜR DIE CVP/EVP/GLP-FRAKTION:  
ROLAND FÜRST (GUNZGEN)

### SP: Sozialpolitisches Ziel einhalten

Haupttraktandum der Session ist die Beratung und Genehmigung des Voranschlages 2011. Präsentiert wird ein knapp ausgeglichenes Budget, welches auch Nettoinvestitionen in der Höhe von rund 140 Mio. Franken beinhaltet. In Erwartung eines guten Rechnungsabschlusses 2010 kann festgestellt werden, dass der Kanton weiterhin über genügend Eigenmittel verfügt und auch künftig finanziell solide dasteht. Somit besteht genügend Spielraum, diejenigen nachhaltig zu unterstützen, welche mit ihren Steuern einen grossen Teil zum guten Ergebnis beitragen, die mittleren Einkommen.

In der Dezember-Session wird wie jedes Jahr die Höhe des kantonalen Beitrags zur Prämienverbilligung bestimmt. Die Verbilligung der Prämien ist zweifellos nachhaltig, das bestätigt der Regierungsrat in seinen Ausführungen. Sie soll den kleinen und auch den mittleren Einkommen zugute kommen. Die Prämien steigen bei den Erwachsenen um 7,5%, bei den jungen Erwachsenen um 13,1% und bei Kindern um 10,4% und werden manches Familienbudget stark belasten. Beim vorliegenden Modell mit einem Kantonsbeitrag von 80% des Bundesbeitrages ist klar, dass das im Bundesgesetz formulierte sozialpolitische Ziel von einem Eigenanteil von 8% verfehlt wird. Trotzdem wird keine Erhöhung beantragt. Die Fraktion SP wird sich einmal mehr dafür einsetzen, dass der Kantonsrat seinen Handlungsspielraum nutzt und so den Solothurnerinnen und Solothurnern einerseits das Leben auf der finanziellen Seite etwas erleichtert und die gute finanzielle Ausgangslage des Kantons zugunsten der Bevölkerung einsetzt.

FÜR DIE SP-FRAKTION:  
SUSANNE SCHAFFNER (OLTEN)

### SVP: Für Freiheit und Sicherheit

Das ist unser Leitgedanke, der auch bei der SVP-Ausschaffungsinitiative mit dem Abstimmungserfolg vom Schweizer Stimmbekannt bestätigt wurde. In der SVP-Fraktion bestimmen Freiheit und Sicherheit unsere Arbeit, so auch bei den SVP-Vorstössen wie aktuell von KR Christian Werner, Olten. Dieser fordert in einer Standesinitiative ein Verbot der Vollverschleierung (Burka). Der Auftrag von Walter Gurtner (Däniken) fordert den Rückbau von bestehenden Bushaltestellen auf den Fahrspuren von Haupt- und Transitstrassen in Haltebuchten. Beide Vorstösse, wenn auch unterschiedlicher Art, haben doch eines gemeinsam: Sie kämpfen für mehr Freiheit und Sicherheit.

Zu den insgesamt 56 aktuellen Sessionsgeschäften zählen auch 12 Globalbudgets, welche die SVP-Fraktion gutheissen konnte. Der Voranschlag 2011 führte jedoch zu grösseren Diskussionen, wie z.B. zum alljährlich wiederkehrenden Teuerungsausgleich für das Solothurner Staatspersonal. Der Regierungsrat als «Arbeitgeber» führte die Verhandlungen mit den Personalverbänden und legte sich so den eigenen Teuerungsausgleich gleich selber fest. Dies finden wir eher beschämend.

Dem dringenden Neubau des Parkhauses für das Kantonsspital Olten wurde von der SVP-Fraktion einstimmig zugestimmt. Auch wurde ein Auftrag für eine stärkere Gewichtung der Lehrlingsausbildung im öffentlichen Beschaffungswesen von der SVP-Fraktion begrüsst. Somit werden endlich Schweizer Firmen, die Lehrstellen anbieten, gebührend in einer Submission berücksichtigt.

FÜR DIE SVP-FRAKTION:  
WALTER GURTNER (DÄNIKEN)

### Grüne: Recycling mit Verbesserungspotenzial

Mehr als 50 Millionen Getränkedosen landen jährlich in der Schweiz nicht in der dafür vorgesehenen Sammlung. Sie belasten stattdessen im besten Fall unnötigerweise unsere Verbrennungsanlagen und Deponien, im schlechtesten Fall landen sie irgendwo in einem Park oder in der Natur. Bei den PET-Flaschen sind es sogar 400 000 000, die pro Jahr nicht ordentlich gesammelt werden! Das ist die Kehrseite der angeblichen Rekord-Sammeltätigkeit in der Schweiz. Unsere nördlichen Nachbarländer haben eine andere Strategie gewählt und übertreffen unsere Recyclingquoten. In Deutschland, Dänemark, Schweden usw. gilt eine allgemeine Pfandpflicht. Wenn man für jede leere Dose oder Flasche 50 Rp. zurückbekommt, werden sie nicht wegwerfen, und wenn doch, wird sich noch ein Kind einen Sackgeldzustupf damit verdienen.

Basel hat über die Grenze geschaut und beschlossen, dieses System zu übernehmen. Da es aber eine landesweite Lösung braucht, hat der Grosse Rat des Kantons BS eine entsprechende Standesinitiative zur Einführung eines Pfandes auf Getränkeverpackungen überwiesen. Die Grünen Kanton Solothurn beantragen nun, dass der Kanton Solothurn es den Baslern gleichtut und ebenfalls mit einer Standesinitiative die Eidgenössischen Räte dazu auffordert, in diesem leidigen Thema endlich für Lösungen zu sorgen.

Die Pfandpflicht hätte mehrfach positive Auswirkungen: Es gäbe weniger herumliegenden Abfall und ein höherer Recyclinganteil schont knapper werdende Ressourcen und verbessert die Energiebilanz.

FÜR DIE GRÜNE FRAKTION:  
BARBARA WYSS FLÜCK (SOLOTHURN)